



Verschollen im Bermuda-Dreieck

Text und Bild Barbara Jehle, info@weissmagazin.li

Langzeitarbeitslose finden immer schwerer den Weg zurück in die Arbeitswelt und in das gesellschaftliche Leben. Das Netz hält zwar, aber das gesellschaftliche Stigma ist gross – die Perspektive auf eine befriedigende Beschäftigung schlecht. Viele werden zu Sozialhilfeempfängern und tauchen gesellschaftlich ab.

Gut 2100 Menschen in Liechtenstein werden durch eine Invalidenrente unterstützt. 522 Haushalte erhalten wirtschaftliche Sozialhilfe. Einige hundert Menschen sind arbeitslos. Etwa jeder 15. fällt also irgendwann in seinem Leben für längere Zeit aus dem regulären Arbeitsmarkt. Für Männer ist das Risiko aus gesundheitlichen Gründen besonders gross: Laut Zahlen aus der Schweiz muss jeder 5. Mann über 60 damit rechnen, invalid zu werden. Es betrifft aber nicht nur Männer, die ihr Leben lang körperlich hart arbeiten mussten. Schweizer Zahlen zeigen, dass Invalidität aufgrund körperlicher Gebrechen – die beispielsweise im Baugewerbe zugezogen werden – sinkt, die Zahl der IV-Empfänger mit psychischen Erkrankungen hingegen steigt schnell an und liegt momentan bei 40 Prozent; darunter Angehörige aller Berufsgattungen und Schichten.

Menschen, die aus dem Arbeitsprozess fallen, verschwinden in Liechtenstein häufig für längere Zeit im Bermuda Dreieck Arbeitsmarktservice – Invalidenkasse – Sozialamt. Die sozialen Netze in Liechtenstein halten solid, sie federn aber nicht. Mit dem Herausfallen aus dem regulären Arbeitsmarkt treiben viele Menschen in einem Strudel, der an die Substanz geht. Das erste Netz, von dem sie aufgefangen wer-

den, ist in der Regel der Arbeitsmarktservice (AMS). Diese Organisation muss wohl am meisten Kritik der Klienten einstecken. Einige von ihnen klagen über harte Behandlung und über teilweise sinnlose Kurse, die eher als Strafe, denn als Hilfe erlebt werden. Der Laufbahnberater Georg Kaufmann, der immer wieder Leuten bei ihren Bewerbungen hilft, erklärt, dass der AMS in einem Dilemma struktureller Art steckt. «Die AMS-Mitarbeiter haben den Auftrag einer möglichst schnellen Reintegration in den Arbeitsmarkt. Auf der anderen Seite sollten sie ihre Klienten beraten.» Darin steckt ein Rollenkonflikt, der von vielen Klienten als unangenehm wahrgenommen wird. Eine klarere Trennung von Beratung und arbeitsmarktlichen Massnahmen wäre seines Erachtens wünschenswert.

Die Arbeitssuche ist ein Wettlauf mit der Zeit. Ein langer Arbeitsausfall zermürbt. «Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit sprechen wir bereits von einer Chronifizierung. Die Chancen, einen Job zu finden, fallen danach stark ab, das Risiko für psychische Probleme steigt dagegen an», wie Karl-Anton Wohlwend, Leiter des Amts für Soziale Dienste (ASD) erklärt. Das sei auch kein Wunder. «Menschen, die über ein Jahr 200 Bewerbungen geschrieben haben und ebenso viele Absagen erhalten haben,

verlieren an Selbstwertgefühl.» Viele der Langzeitarbeitslosen entwickeln psychische Probleme, die Lebenszufriedenheit sinkt dramatisch. Deshalb bewegen sich viele von ihnen im Bermuda Dreieck der sozialen Netze. Sie bewerben sich, werden oft auch medizinisch betreut und von ihren Ärzten wiederholt zu IV-Abklärungen geschickt. Viele beziehen Sozialhilfe. Vom ASD werden ihnen teilweise Arbeitsplätze in beschützenden Werkstätten vermittelt.

IV-Rente ist die kleinere Schmach

Das Sozialamt sei das Auffangbecken, das alle aufnehmen müsse, die durch die anderen Netze gefallen sind. «Immer mehr Menschen suchen vergebens um eine Invalidenrente an», sagt Wohlwend. «Für das Selbstwertgefühl dieser Menschen ist die Abhängigkeit von der Sozialhilfe nicht förderlich. Sie sehen diese Hilfe als grosses Stigma, grösser als das einer Invalidität.» Die Aussicht auf eine Invalidenrente hingegen wirke bei vielen eher entlastend. So auch bei einer jungen Frau, die in diesem Artikel nicht mit richtigem Namen aufscheinen möchte: Die quirlige, fröhlich wirkende 28-Jährige, die hier Jessica Meier genannt wird, verdient schon seit Jahren nie genug, um sich ihr Leben finanzieren zu können. Sie arbeitet immer

«Es gibt nur Eins, immer wieder aufstehen.»

mal wieder in Jobs im Service. Stellen kann sie sich nicht aussuchen. Sie ist rasch überfordert, wenn es hektisch wird. Wenn eine Katze am Fenster vorbeiläuft, ist sie manchmal schon abgelenkt und tippt ein Menu falsch ein. Ein typisches ADS-Symptom. Sie sei heute aber bedeutend konzentrierter als in ihrer Jugend: «Ich hüpfte heute nicht mehr alle zwei Minuten vom Stuhl auf, um nachzusehen, was im anderen Eck des Zimmers gerade Interessantes läuft», erklärt sie lachend. Ihr Umgang mit dem ADS ist locker, sie nimmt sich gerne selbst auf die Schippe. Die Arbeitsplätze – sie hat schon einige durchprobiert – werden ihr vom AMS vermittelt: Ihr letzter Job war als 100-Prozent-Stelle ausgeschrieben. Arbeiten konnte sie trotzdem nur jeweils einige Stunden auf Abruf, wenn gerade Hochbetrieb war. Hauptsächlich an Wochenenden oder wenn jemand krank war. «Ich musste immer alle meine Termine sausen lassen, zum Leben hat der Lohn, der im Gastgewerbe ohnehin sehr tief ist, nie gereicht.» Jessica Meier musste Kredite bei ihren Eltern aufnehmen und steht mittlerweile so fest in der Kreide, dass sie andere Lösungen suchen muss. Sie lebt sehr bescheiden, ihr Traum ist es, mal selbständig in einer kleinen Wohnung zu leben und den Führerschein zu machen. «Gelingt es mir, würde ich diesen Meilenstein auch in einem Tattoo verewigen», erzählt die Arbeitssuchende lächelnd.

Ein Kränzchen für die Ex-Chefin

Jessica Meiers Hoffnung liegt nach vielen Enttäuschungen auf ihrem Antrag auf die Invaliden-Früherfassung. «Eine Invaliden-Betreuerin hilft mir abzuklären, ob ich vielleicht in einem Betrieb mit einer gewissen Unterstützung unterkommen kann.» Klappt es, würde ihr ein IV-Coach zur Seite gestellt. Wenn es zu einem Anstellungsverhältnis kommt, Jessica aber wegen ihrer Defizite nicht die geforderte 100-Prozent-Arbeitsleistung bringt, sondern beispielsweise 70 Prozent, kann sie durch die IV eine Differenzzahlung beantragen. Das ist für alle Beteiligten die beste, pragmatischste und in Bezug auf die Sozialausgaben auch die günstigste Lösung.

Jessica ist Unterstützung durch Menschen, die ihr zuhören und spontan mit Tipps helfen, auch weiterhin enorm wichtig. Die ewige Stellensucherei und die vielen Enttäuschungen haben sie in den letzten Monaten sehr bedrückt. Sie weiss aber: Es gibt nur Eins. Immer wieder aufstehen, auf keinen Fall die Motivation verlieren – und bei den schwierigen Gelegenheitsjobs einfach durchbeissen. Ihr Beruf mache ihr eigentlich grosse Freude – trotz ihrer Einschränkungen habe sie auch schon tolle Erfahrungen gemacht. Ihrem Lehrlingsbetrieb, vor allem ihrer damaligen Chefin und dem Chef, müsse sie ein Kränzchen winden. Sie hätten sie als Mensch geschätzt und ihre Schwächen ausgeglichen,

sie genommen wie sie ist. Ihre Stärken, die Menschlichkeit und ihre Offenheit, hätten sie immer gelobt: «Ich kann es gut mit Leuten», sagt sie. Ausserdem scheue sie keinerlei Arbeit, sie würde auch mal putzen, wenn es nötig wäre. «Und ich habe gelernt, mich nach jedem Tiefschlag neu zu motivieren.»

Offenheit bei kleinen Unternehmen

IV-Coaches erleben immer wieder, dass es gerade kleine Unternehmen, beispielsweise Handwerksbetriebe, sind, die Menschen wie Jessica Meier eine Chance geben, weil sie überzeugt sind, dass sie ihre Schwächen mit besonderen Stärken ausgleichen. Oder die Unternehmer schlicht dazu bereit sind, etwas mehr Mitarbeiterbetreuung zu leisten. Sowohl der IV-Coach Hanspeter Röthlisberger als auch Karl-Anton Wohlwend beobachten aber, dass es insgesamt für schwächere Mitarbeiter eines Unternehmens zunehmend schwerer wird, in der Arbeitswelt Fuss zu fassen. «Ich habe mit Menschen gesprochen, die früher in der Privatwirtschaft und heute im Sozialdienst arbeiten. Diese sagen mir, dass sie im alten Job die Schwächsten vier Angestellten des Betriebes entlassen mussten. Der Teamleiter, der umsatzbeteiligt ist, hat leider kein Interesse daran, die Schwächeren durchzuziehen», sagt Wohlwend. Er räumt ein: «Es ist natürlich auch nicht einfach. Es braucht Betreuung.»

Georg Kaufmann hat als Berater immer mal wieder für Menschen mit Behinderungen Arbeitsplätze zu vermitteln versucht: «Ich empfand diese Arbeit oft als sehr unangenehm, weil ich als Bittsteller kam und auf den Goodwill der Arbeitgeber angewiesen war. Hier würden gesetzliche Grundlagen sehr helfen.» Ein Blick auf die Zahlen macht wenig Hoffnung, dass sich an der Lage ohne politische Massnahmen etwas ändert.

Mehr Abhängige, längere Abhängigkeit

Gerade die Zahl der über 50-jährigen Sozialhilfebezügler wachse kontinuierlich und sie blieben länger als früher beim ASD. «Es geht da gar nicht nur um das Thema Arbeitslosigkeit, sondern auch darum, wie wir sie gesellschaftlich wieder auf Schiene

bringen», sagt Wohlwend. Das ASD bekommt unter anderem die Konsequenzen der härteren, von der Politik veranlassten Gangart der Invalidenversicherung zu spüren. Zur Sanierung der Staatskasse – ein Teil der IV-Beiträge werden vom Staat beigesteuert – wird auch bei der IV gespart. Während vor einigen Jahren noch 70 Prozent der IV-Anträge positiv ausfielen, waren es im Jahr 2013 nur noch 44 Prozent. «Alter» gilt nicht mehr als IV Grund. Zum Vergleich: In der Schweiz wurden 2012 rund 60 Prozent der IV-Anträge genehmigt.

Im Jahr 2012 wurden in Liechtenstein deshalb «nur noch» 36 Mio. Franken für IV-Renten ausgegeben. Die IV-Sparpolitik bringt Karl-Anton Wohlwend und das ASD immer stärker unter Druck. 7,2 Mio. Franken Sozialhilfe wurden im Jahr 2013 an über 500 Haushalte ausbezahlt: Damit sind die Ausgaben nur schon bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Mio. Franken angestiegen. «Damit haben sich die Ausgaben im Vergleich zur ersten Dekade dieses Jahrhunderts fast verdoppelt», sagt der Amtsleiter stirnrunzelnd. Gute politische Lösungen zur Integration würden nicht nur den Sozialhilfeempfängern, sondern auch dem Staatsbudget dienen.

Der Ernst der Lage ist erkannt; das Leiden der Menschen im Strudel von Arbeitslosigkeit, IV-Rente und drohender Sozialhilfe-Abhängigkeit wird mehr oder



weniger gesehen. Über die Medien wurde mit der Kampagne «45Plus» für das Thema sensibilisiert. Hanspeter Röhliberger nervt sich aber immer wieder, wenn er das Wort «Sozialschmarotzertum» hört. «Klar, gibt es in wenigen Ausnahmefällen einen Missbrauch an Sozialleistungen.» Zu selten werde aber über das eigentliche Problem diskutiert und würden die richtigen Fragen gestellt. Wie können der Staat und die Gesellschaft das Potential der Menschen, die sich im härter werdenden Arbeitsmarkt nicht behaupten, nutzen? Wie kann der Staat entlastet werden? Wie können diese Menschen einen neuen Sinn finden? Die Politik hat bisher relativ zaghaft Lösungsansätze präsentiert, um auf den Druck im Arbeitsmarkt zu reagieren. Ein Durchbruch fehlt. Das zeigen die Zahlen, aber auch Gespräche über Einzelschicksale:

Der Arzt Pepo Frick beispielsweise beobachtet seit Jahren eine bedenkliche Entwicklung: Viele Menschen würden zwar mit dem Existenzminimum materiell versorgt, aber auf gesellschaftlicher Ebene verschwinden sie. «Diese Menschen fallen aus dem sinngebenden Arbeitsprozess, sie schämen sich, bekommen keine neue Chance, fühlen sich wertlos.»

Zwei-Klassengesellschaft Sozialsystem

Frick stellt auch fest, dass Invalidenrenten nicht sozial verteilt werden: Das System sei so, dass ehemals Gutverdienenden viel eher eine IV-Rente zugesprochen werde. Bei Geringverdienenden bestehe bei der Rentenberechnung nicht einmal Hoffnung auf eine Teilrente. Ihnen bleibe nichts anderes übrig, als der äusserst unliebsame Gang aufs Sozialamt. Fricks politischer Wunsch wäre, dass dieses unsoziale Rentenrechnungssystem hinterfragt würde.

Karl-Anton Wohlwend schaut über die Grenze: «Die Schweiz kennt Sozialfirmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Österreich löst das Problem damit, dass jede Firma ab einer bestimmten Grösse einen Schwachen aufnehmen muss. Allenfalls wäre das auch eine Lösung für Liechtenstein.» «Schwache» und Behinderte in Betriebe zu integrieren, wäre seiner Ansicht nach das Effektivste. Pepo Frick und Georg Kaufmann teilen diese Ansicht. Sie haben das Anliegen vor 1,5 Jahren auch im Landtag eingebracht, umgesetzt ist es noch nicht

«Materiell versorgt, aber auf gesellschaftlicher Ebene verschwunden.»

worden. Klar ist allen, dass auch die Arbeitgeber Unterstützung brauchen, damit diese Lösung von der Wirtschaft getragen wird. Auch einig sind sich alle, dass schwer vermittelbare Menschen oft eine besondere Betreuung benötigen.

Hanspeter Röhliberger hat jahrelange Erfahrung mit Wiedereingliederungen in den Arbeitsprozess. Der wichtigste Player in diesem Prozess ist für ihn der Arbeitgeber. Wenn dieser bereit sei, einen leidensangepassten Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen, könne es gut funktionieren. Die Leistungslohnzahlungen, die im Rahmen der IV-Früherfassung wie bei Jessica Meier geprüft werden, findet er «eine gute Sache, aber leider schwer umzusetzen». Das Problem sei, dass wenige Unternehmen überhaupt bereit seien, diese Möglichkeit zu bieten.

Röhliberger hätte weitere Lösungen parat, die seine Arbeit erleichtern würden. Von einigen sozialen Institutionen werde diese Meinung nicht so gerne gehört: «Ich wünsche mir ein grösseres Stellenangebot auf dem zweiten, betreuten Arbeitsmarkt für alle, die arbeiten wollen, aber keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen.» Zweitens wünsche er sich ein soziales Personalleasing für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen: «Menschen, mit einer längeren Phase von Arbeitsunfähigkeit und womöglich Arbeitslosigkeit, haben eine Geschichte, vor der die Unternehmen zurückschrecken», sagt Röhliberger. Arbeitgeber dächten

sich: «Oh je, da droht ja möglicherweise wieder ein Rückfall und dann Ausfallzeiten, höhere Sozialversicherungsprämien und Sperrfristen bei Kündigung.» So etwas könne gerade bei kleinen Betrieben fatale finanzielle Auswirkungen haben, ist sich der IV-Coach bewusst.

Risiken auf Gesellschaft verteilen

Das Risiko der Unternehmen müsste durch ein nicht profitorientiertes Personalleasing gesenkt werden. Risiken dürften also nicht den Arbeitgebern aufgebürdet werden.

Der Königsweg zur Integration ist seiner Ansicht nach, die Risiken gesamtgesellschaftlich zu verteilen. Die Wirtschaftswelt und deren Spielregeln, nach denen jedes Unternehmen nach Produktivität strebt, könne die Politik wohl nicht ändern. So könne nicht verhindert werden, dass immer mehr Arbeitsplätze, für die es wenig Qualifikation brauche, ausgelagert würden. In diesem Fall könne die Gesellschaft wenigstens statt von Sozialhilfebetrug und Sozialschmarotzern zu reden, daran arbeiten, Lebenskonzepte auch ausserhalb der Erwerbsarbeit gesellschaftlich zu akzeptieren. «Wenn es uns gelingt, die Stigmatisierung von Erwerbslosen – auch Selbststigmatisierung – abzubauen, würden unnötige Schamgefühle und der oft festzustellende soziale Rückzug verringert.» Damit würde Lebenskreativität frei gesetzt, von der die Gesellschaft möglicherweise profitiere. ■